

Generalversammlung 2018 Jahresbericht der Präsidentin

Liebe Vereinsmitglieder

Mein Rückblick auf das vergangene Vereinsjahr gliedert sich in 13 Kapitel:

1. Jubiläum '10 Jahre Bürgerforum'
2. Steinfabrikareal
3. Hurdnerwäldli und Siedlungserweiterung nach Osten
4. Züglete der Schulen – mit Nebenwirkungen 'ohne Packungsbeilage'
5. Kantonsstrasse Freienbach: Kreisel und neuer Bach-Durchgang unter der Kantonsstrasse
6. Kostengünstig Wohnen an der Deponie / Einsprache Teilzonenplan Waldisberg, Freienbach
7. Schluss mit der Umzonung der Pfarrmatte
8. Baureglementsänderungen
9. Richtplanung Kt. SZ
10. Senevita
11. Deponieplanung
12. Medienzensur/eigene Publikationen
13. Unsere Schätze

1. Jubiläum '10 Jahre Bürgerforum'

Den Rückblick auf unser Jubiläumsjahr 2017 beginne ich mit einem Schmunzeln: Erinnerst Ihr Euch an das Inserat unseres Gemeindepräsidenten zur Satire in unserer Jubiläumsbroschüre: «*Das habe nicht ich geschrieben, auch wenn ich's gut gewesen sein könnte, alle meine Bekannten meinten, der Text stamme von mir*»...? Das 'Höfner Volksblatt' brachte zusammen mit Daniel Landolts Inserat einen grossen Artikel, der unserer Jubiläumsbroschüre köstliche Zusatz-Aufmerksamkeit verschaffte. Einige Wochen lang wurde in unserer – doch oftmals unlustigen – Gemeinde und darüber hinaus über diese Mehrfach-Satire herzlich gelacht.

Auf Einladung des Staatsarchivars konnten wir anlässlich unseres 10-Jahres-Jubiläums wichtige Akten aus den ersten 10 Vereinsjahren im Staatsarchiv Schwyz hinterlegen. Diese Akten sind auch auf dem Internet abrufbar unter <https://query.staatsarchiv.sz.ch/detail.aspx?id=441310>

2. Steinfabrik-Areal

Wir hatten 2017 weiteren Grund zur Freude: Das Steinfabrik-Areal kann definitiv nicht überbaut werden. Die ENHK (Eidg. Natur- und Heimatschutz-Kommission) gab im September ein entscheidendes Gutachten ab, das feststellt, schon die Einzonung Anfang der 90er-Jahre sei rechtswidrig gewesen und habe gegen Natur- und Heimatschutzgesetze verstossen. Die direkte Nachbarschaft zum stark geschützten Naturschutzgebiet Frauenwinkel und zum historischen Unterdorf

Pfäffikon verlangt die Renaturierung eines Teils der Industriebrache und nur sanfte Nutzung als Naherholungsgebiet für die Öffentlichkeit.

Die gesetzlichen Schutzbestimmungen galten schon lange vor der Umzonung Anfang der 90er-Jahre. Aber man hatte gehofft, mit gesetzesverletzenden Absprachen durchzukommen. Und das hat dank gründlicher Vernetzung auch während Jahrzehnten geklappt. Die Entscheidungsträger funktionierten brav nach dem Befehl der Leute, die unsere Gemeinde allzu lange als ihr persönliches Schachbrett betrachtet haben. Nicht Gesetz und Recht, sondern Intrigen, Einschüchterung und Manipulation bestimmten leider die Spielregeln.

Heute ist klar; die Korporation hat sich verspekuliert, als sie von Schmidheiny das Steinfabrikareal als unerschlossenes Bauland kaufte, das von Gesetzes wegen renaturiert werden muss, mit Altlasten aus dem Industriebetrieb belastet ist, einen äusserst schlechten Baugrund aufweist und auch ortsplanerisch nicht vertretbar ist.

Die Verwaltung der Korporation hat gepokert, denn schliesslich steckte man schon lange unter einer Decke mit den Gemeinde- und Kantonsbehörden und auch mit den Richtern und Naturschutzorganisationen. Doch nun ist die Fehlspekulation nicht mehr wegzudiskutieren.

Unsere Folgerung: Keine Freienbacher Ersatz-Einzonungen, keine Entschädigungen für die Fehlspekulation der Korporation, aber zur baldigen Realisierung eines öffentlichen Naherholungsgebietes könnte die Öffentlichkeit (Gemeinde, Bezirk, Kanton SZ, Kantone SG und ZH) z.B. für die korrekte Altlasten-Entsorgung und den Abbruch der Industriebrache einen Fonds äpfnen und dann die Realisierung des Naherholungsgebiets übernehmen.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Korporation will das ENHK-Gutachten nicht akzeptieren. Das gab sie dem Gemeinderat schriftlich bekannt, zusammen mit einem zusätzlichen Fristverlängerungs-Gesuch bis Ende Mai 2018 – für weitere Abklärungen zu ihrem Vorentscheid-Gesuch vom Sommer 2015. Wir können in Ruhe abwarten und sind bereit. Sollte es eine juristische Fortsetzung geben, haben wir eine starke Allianz. Unser Naherholungsgebiet hat ernstzunehmende Fürsprecher. Nach Ostern treffe ich mich zu einem Austausch mit den Umweltverbänden, die sich inzwischen doch ziemlich gemausert haben. Die Unmöglichkeit des Überbauens à la Ueli Feusi steht fest.

Raimund Rodewald von der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz hatte zwar an unserer letzten GV und auch im Interview im 'Höfner Volksblatt' vom 28. März 2017 eine strategische Variante «*Bauen entlang dem Staldenbach*» ins Spiel gebracht. Aber auch so etwas kann nun keinesfalls mehr gutgeheissen werden. Wir sehen das übereinstimmend so.

Gemeindepräsident Daniel Landolt sprach an einer Begehung des Areals vom 24. März 2017 davon, das Steinfabrik-Areal müsse neu gedacht werden. Er sehe, dass es eine neue Teilzonenplanung brauche. Hört, hört!

Müller-Projekt, Unterdorf:

Auch das Projekt Müller im Unterdorf hängt mit dem Steinfabrikareal zusammen. Es darf nicht vorab neue Massstäbe setzen. Mit unserer Einsprache vom Dezember 2016 gegen diese Giga-Überbauung mit 20 Wohnungen haben wir einen starken Fuss in der Tür. Gemeinsam mit der Stiftung

Landschaftsschutz Schweiz und den Umweltverbänden verlangen wir die Verkleinerung des Bauvolumens und ein Gutachten der ENHK – auch über die Auswirkungen auf das Steinfabrik-Areal und das gesamte Unterdorf.

Aufgrund der Anträge in den Einsprachen hat die Bauherrschaft nun selbst beantragt, dass ein solches Gutachten eingeholt wird. Wir sind auf gutem Weg, einen der wenigen noch erhaltenen historischen Ortsteile in der Gemeinde vor Verschandelung zu bewahren.

3. Hurdnerwäldli und Siedlungserweiterung nach Osten

Die Korporation beantragte kurz vor Weihnachten einen Vorentscheid mit Drittwirkung für das Gebiet, auf dem vor einigen Jahren noch der Event dôme stand, heute ist dort ein Parkplatz fürs Seedamm Plaza. Man will grünes Licht für ein überdimensioniertes Büro- und Dienstleistungsgebäude in der Industriezone 2. Die verbindliche Höhenbeschränkung des Baureglements soll um zwei Vollgeschosse plus ein Dachgeschoss überstiegen werden und es gäbe Zusatzverkehr von ca. 1200 Fahrten pro Tag aus dieser einen Parzelle.

Selbstverständlich erfordert eine so massive Nutzungsänderung eine Umzonungs-Volksabstimmung. Aber die Zonenplan-Schachspieler wollten mit dieser Weihnachtsüberraschung eine unzulässige Ausnahmegewilligung durch den Gemeinderat erwirken, um sich eine 'mühselige' Zonenplanänderung – die ohnehin keine Chance bei den Bürgern hätte – zu ersparen.

Städtebauliche Entwicklung

Wäre das Vorweihnachts-Gesuch unbemerkt durchgerutscht, hätte man auf einen Schlag auch das Bauchweh über die ebenso chancenlose Umzonung für die Siedlungserweiterung nach Osten (Testplanung Ost) kuriert. Mit der gewünschten Drittwirkung hätten auch weitere zonenwidrige Umnutzungen im Industriegebiet Pfäffikon Ost eingefädelt werden können – unter dem Motto, *«was an der Hurdnerwäldlistrasse 1 erlaubt wurde, muss auch für jedes andere, ähnlich baureglementswidrige Gesuch inskünftig erlaubt werden»*.

Mit dem Drittwirkungs-Trick wäre aus dem Industriegebiet scheibchenweise – Bauprojekt um Bauprojekt – die beabsichtigte *«Städtebauliche Entwicklung mit zusätzlichen 155'000m2 Brutto-Wohngeschossfläche»* für *«ca. 2000 zusätzliche Einwohner»* umgesetzt worden. Anstelle des Einverständnisses der Bevölkerung wären dafür nur noch Ausnahmegewilligungen des Gemeinderats einzuholen gewesen.

Unsere weihnächtliche Einsprache zu dieser windigen 'Probefahrt' ist wohl eine der bedeutsamsten Arbeiten des Bürgerforums für unsere Gemeindegukunft.

Ein weiterer fauler Zauber im Hurdnerwäldli

Für das Gebiet Hurdnerwäldli waren kürzlich 2 weitere Einsprachen erforderlich: Das Gewässerschutzgesetz verbietet es strikt, dort Bootsplätze zu errichten. Trotzdem wurde munter drauflosgebaut – 7 illegale Bootsstege will die Korporation nun nachträglich bewilligen lassen, nachdem sie (und unser Bauamt!) unter Druck geraten sind. Dank der Aufmerksamkeit von

Anwohnern und dank ihren sorgfältig aufbewahrten Akten werden wir die Einhaltung des geltenden Rechts durchsetzen – zumal wir jetzt unser Verbandsbeschwerderecht geltend machen können.

4. Züglete der Schulen – mit Nebenwirkungen 'ohne Packungsbeilage'

Warum stellen jetzt die Bezirksbürger die Weichen für die Freienbacher Gemeinde-Raumplanung, wenn wir das Schulprojekt Weid des Bezirksrates gutheissen oder verwerfen?

An der Bezirksversammlung vom Dezember 2016 und an der ausserordentlichen Freienbacher Gemeindeversammlung vom Februar 2017 wurden uns zwei Bühnenstücke vorgespielt, die uns vormachen wollten, man sei im Bezirks- und Gemeinderat nicht gleicher Meinung.

Der Gemeinderat sei gegen die vom Bezirksrat gewollte Schliessung des Sek-Schulhauses Leutschen. Im Herbst 2017 hiess es dann aber plötzlich, man habe nun einen guten Kompromiss mit dem Bezirk gefunden; ein Zügel-Ringelreihen, mit dem die Sek-Schüler von Freienbach aus dem Leutschen-Schulhaus verbannt und auf Wollerau und Pfäffikon verteilt würden. Die Schul-Standorte Wollerau und Weid, Pfäffikon, müssten für Millionen erweitert werden – vor allem der Mittagstisch für einen Massenbetrieb von 500 Kindern, die zwangsweise am Mittag nicht mehr zuhause bei ihren Familien essen könnten.

Gemeindepräsident Daniel Landolt hat an der Gemeindeversammlung vom letzten Dezember die Katze bereits ein bisschen aus dem Sack gelassen: Im Leutschen-Schulhaus entstehe ein 'Campus Freienbach', alle Sonder-Schuldienste würden zusammengezügelt, und für die aus der Brüelturnhalle vertriebenen Vereine würde als Ersatz eine Dreifach-Turnhalle im Chrummen erstellt. Dann wäre Pfäffikons Brüel-Gebiet frei für den Bau von «*kostengünstigen Wohnungen*».

Auferstehung des beerdigten städtebaulichen Konzepts

Die Turnhalle Brüel, das alte Schulhaus und der obere (südliche) Teil der Unterdorfstrasse würden abgerissen. Die altbekannten Architekturträume aus der Ära Kurt Zurbuchens kröchen aus der Mottenkiste! Als «*Spange West*» würde die Unterdorfstrasse nach Westen verlegt und der freiwerdende Platz könne zusammen mit dem grossen Brüelareal verdichtet überbaut werden, weil doch das Volk angeblich Siedlungsverdichtung unbedingt wünsche. Die Baulobby freut's.

Das landwirtschaftliche Gebiet vom heutigen Siedlungsrand bis zu dieser neuen Unterdorfstrasse im Westen würde für die Grundbesitzerin Kloster Einsiedeln eingezont. Das Kloster könnte dann die Solitärbauten, sprich 10-stöckige Hochhäuser im Sinne des 'städtebaulichen Konzepts' endlich doch noch realisieren. Und man hat auch schon ein tolles Argument im Ärmel: das Land für die Strassenverlegung würde uns wohl als Dank für die Einzonung vom Kloster 'geschenkt'...

Öffentliche Zeughaus-Nutzung

Der Gemeinderat behauptete überdies, wenn die Turnhalle Brüel abgerissen werde, könne auch das Militär nicht mehr in Pfäffikon bleiben. Damit würde das Zeughaus für öffentliche Nutzung vollumfänglich zu Verfügung stehen. Glaubwürdig? Effektiv haben wir erst kürzlich mit unserem Steuergeld die Militärküche der Turnhalle Brüel teuer aufgerüstet. Und erst vor wenigen Monaten

wurde vom Gemeinderat ein Vertrag mit dem Militär abgeschlossen, wonach dieses das Zeughaus über das Winter-Halbjahr jeweils vollumfänglich nutzen kann.

Ausser für den Werkhof bleibt das Zeughaus für die Öffentlichkeit von November bis Ende April gesperrt.

Ist das die Verschiebung der vollständigen öffentlichen Nutzung des Zeughauses auf den Sankt Nimmerleinstag? Wir halten dagegen. Inzwischen erkennen wir die Salto mortales in den behördlichen Verlautbarungen immer schneller und der kreative Gegenwind ist nicht mehr aufzuhalten.

So fanden auch 2017 zwei tolle, gutbesuchte Zeughaus-Feste statt. Die IG Zeughaus ist eine engagierte Gruppe, die das Zeughauses mit diesen Charme-Offensiven immer wieder für die Bevölkerung öffnet. Im Herbst 2018 wird schon das zehnte Zeughaus-Fest durchgeführt!

5. Kantonsstrasse Freienbach, Kreisel und neuer Bach-Durchgang unter der Kantonsstrasse, fragwürdige Strassen-Entwässerung

Der Kanton realisiert während einer Bauzeit von mehr als 2 Jahren ein luxuriös ausgestattetes, aber äusserst fragwürdiges Strassenbau-Projekt: Den Kreisel an der Kantonsstrasse Freienbach. Er steht in verdeckter Abhängigkeit mit dem Zubringer Halten, der aber effektiv nichts anderes als neue Baulanderschliessung bezweckt. Der Vollanschluss Halten bleibt weiterhin ein Trugbild.

Die Strassen-Entwässerung führt via sogenanntem Mikro-Tunnel von 1,5 m Durchmesser und 230m Länge direkt in den See, ohne Sicherung gegen Gewässer-Verschmutzung durch Öl-Unfälle etc. Bisher wurde das Strassen-Abwasser in die ARA geleitet. Doch «aus wirtschaftlichen Gründen» verzichte man nun auf diese Vorsorge-Massnahme. Lieber verschmutzt man den See. Armer Kanton Schwyz!

Schlappes Amt für Umweltschutz

Wir stellten dem Chef des AfU, Peter Inhelder, zu diesem Kantonsprojekt einige Fragen, die er in grotesker Blauäugigkeit beantwortete, z.B. mit der Rückmeldung: «*Im Bauprojekt bzw. den eingereichten Unterlagen wurden keine Angaben zu Überwachungs-, Alarm- und Bereitschaftsdispositiven während der Bauzeit gemacht.*» Amen. Kommentarlos winkt das Schwyzer Amt für Umweltschutz diese behördliche Risikoverleugnung ebenso durch wie bei anderen Grossprojekten.

Man gab uns bekannt, dass hierzu auch keine Umweltverträglichkeits-Prüfung erforderlich sei, es handle sich «*nur um eine Strassensanierung*».

Und die Baustellen-Installation für die schweren Baumaschinen wurde ohne Versiegelung des Bodens im Gewässerschutz-Bereich (östlich des Denners) erstellt. Man hat uns zwar versprochen, dass der Baustellen-Installationsplatz asphaltiert werde, aber dies ist bis heute nicht geschehen.

Die kürzliche Überschwemmung der Kantonsstrasse ist eine Folge der Planungsfehler. Bei starken Regenfällen musste es logischerweise Probleme im Zusammenhang mit der Bachdurchgangs-Erneuerung geben. Unter dem Motto 'Flicken und Feuerwehr-Übungen' wird weiter auf Steuerzahlers Kosten gewurstelt, und die Nerven der Bewohner, Passanten und Verkehrsteilnehmer werden strapaziert.

Auch hier: Wir bleiben dran. Die AfU-Antworten sind in unserem Archiv bereit – es naht der Tag, an dem sie aufs Tapet kommen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

6. Kostengünstig Wohnen an der Deponie /Einsprache Teilzonenplan Waldisberg, Freienbach

Unsere Einsprache gegen die Umzonung des Waldisberg-Areals für kostengünstigen Wohnungsbau (zweistöckig plus Attika!) ist beim Gemeinderat hängig. Anfang Dezember 2017 fand eine Aussprache zusammen mit dem Amt für Umweltschutz statt. Dieses hatte die ehemalige Deponie Waldisberg als «*weder überwachungs-, noch sanierungsbedürftig*» eingestuft.

Mit unserer Einsprache vom 16. März 2017 beanstandeten wir die mangelhafte «*historische und technische Untersuchung*». Über die dort eingelagerten Deponiestoffe waren nur interessengebundene Leute befragt worden: Der Präsident der Grundeigentümerin, Korporation Freienbach, Heiner Reichmuth von der ehemaligen Betreiberfirma, welche die Deponiestoffe einfüllte und immer wieder in Brand steckte, um damit Platz zu gewinnen – man habe dies halt damals so gemacht... und der ehemalige Gemeindeschreiber, Josef Steiner, der ebenfalls ein grosses Eigeninteresse daran hat, das dortige Umwelt-Desaster schönzureden, um seine eigene Verantwortung wegzuwischen. Wo sich die Deponie-Grenze genau befinde, wollten sie alle nicht wissen. Auch was tatsächlich drin stecke, sei ihnen weitgehend unbekannt, aber sicher nicht schlimm...

Am heikelsten sind die hochgiftigen Sondermüll-Rückstände der Gurit, Dow Chemical, Gysko, etc. Sie wurden von der «*technischen Untersuchung*» nicht angemessen erfasst. Ausgerechnet die Proben mit den auffälligsten Merkmalen (giftgrüne und königsblaue Substanzen, stark stinkend, u.a. nach Benzin) wurden als sogenannte «*Rückstellproben*» beiseitegestellt und überhaupt nicht untersucht.

Gefährdeter Zürichsee

Das AfU begnügte sich mit höchst oberflächlichen Einschätzungen, widersprüchlichen Angaben und skandalös wenigen Probenahmen an ausgesuchten, unerheblichen Punkten. Besonders gravierend ist, dass diffuse Abflüsse des Deponie-Sickerwassers in den See gelangen, der als Trinkwasser-Reservoir für die Seegemeinden dient, übrigens auch immer mehr für die Gemeinde Freienbach! Das AfU behauptet, auf dem unbekannten Weg zum See würde sich alles Gefährdende aus diesem Sirup von selber in ungefährliche Bestandteile auflösen.

Ein Resultat der Aussprache vom Dezember ist nun, dass wir eine Ergänzung der «*historischen und technischen Abklärungen*» erreichen konnten. Im weiteren Verlauf des Einspracheverfahrens werden wir dann sehen, ob das AfU seine Schutzaufgabe endlich glaubwürdiger wahrnimmt. Auf unserer Webseite ist die Einsprache aufgeschaltet. Allenfalls ziehen wir Beschwerden bis zum Bundesgericht weiter, erstatten Aufsichtsbeschwerde und bei allfälliger, trotzdem erzwungener Abstimmung versorgen wir die Bevölkerung mit umfassenden Informationen.

7. Schluss mit der Umzonung der Pfarrmatte

Auch beim Pfarrmatte-Umzonungsprojekt handelte es sich um ein heuchlerisches Bauprojekt für «*kostengünstiges Wohnen*». Wir hatten dagegen einen scharfen Mitwirkungsbericht eingereicht. Diese Sache fand nun ein frühes Ende dank einem Stopp durch den Kanton; das Land müsse als Reserve für den Ausbau der Bahnlinie gesichert bleiben. Das faule Ei hat sich damit selbst entsorgt.

8. Baureglements-Änderungen

Der Gemeinderat will schrittweise die Überbauung der Landreserven in den Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen mit sogenannt «*kostengünstigem Wohnungsbau*» erreichen. Nachdem der Regierungsrat unsere Beschwerde zum Auflageverfahren infolge mangelnder Legitimation abgelehnt hatte, entschieden wir uns im Vorstand, nicht juristisch weiterzumachen, sondern uns darauf zu konzentrieren, im Abstimmungskampf mit Informationen an die Bevölkerung zu gelangen.

Ausnützungsziffer-Kartenhaus

Als Nächstes lässt der Gemeinderat am 4. März abstimmen über eine Ausnützungs-Änderung, die Privaten ermöglichen soll, mehr Ausnützungsziffer zu erhalten, wenn sie einen Anteil an «*kostengünstigen Wohnungen*» planen. Eine weitere, schon vorbereitete Abstimmungs-Vorlage enthält noch zusätzliche Erleichterungen für stärkere Ausnützung in Wohn- und Wohn-/Gewerbe-zonen. Insgesamt eine stete Zuspitzung unseres Bauboom-Klumpenrisikos. Die hohen Mietkosten in unserer Gemeinde würden damit aber um keinen Deut verringert.

Es ist in dieser Abstimmung aber zu wenig Fleisch am Knochen, um uns zu engagieren. Wir sparen unsere Kräfte für Wirkungsvolleres. Aus dem Gemeindehaus liess man nämlich verlauten, dass der Gemeinderat mit diesem «*ersten Schritt*» abtasten wolle, wieviel Akzeptanz die geplanten nächsten Schritte wohl finden würden – eben die Umnutzung der Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen für die Attrappe «*kostengünstige Wohnungen*».

Seit der letzten Zonenplananpassung sind schon 24 Jahre ins Land gegangen. Schon nach 15 Jahren war gemäss eidgenössischem Raumplanungsgesetz eine Anpassung der Gesamtplanung an die neuen Verhältnisse erforderlich. Unsere Gemeinde-Verantwortlichen ziehen es aber vor, mit verdeckten Manövern wie dem Hunderwäldli-Drittwirkungstrickli, mit Pflästerli-Politik und mit kostenintensiven Schadenbegrenzungs-Massnahmen zu operieren.

Stau als Lösung

Den stetig wachsenden Verkehrsproblemen aus der 'Siedlungsentwicklung' will man nun mit einem weiteren Schildbürgerstreich Grenzen setzen. Als einzige Massnahme sehen die behördlichen Planungen das zusätzliche Aufstellen von Lichtsignalen vor: ...es soll gestaut werden...

9. Richtplan Kanton Schwyz

Unsere Rückmeldungen im Mitwirkungsverfahren zum kantonalen Richtplan wurden in keinem einzigen Fall berücksichtigt. Die «*Obrigkeit*» wischte sie beiseite. Inzwischen ist der kantonale

Richtplan auch von Bern genehmigt. Nun soll er auf Gemeindeebene umgesetzt werden. Hier können wir aktiv werden. Wir haben die Informationen und die Rechtsmittel.

Das bedeutet für uns konkret: Aktion/Reaktion bei jedem einzelnen Projekt und Verfahren, das von grösserer Bedeutung für das Gemeinwesen ist. Und dann Grosseinsatz bei der überfälligen Gesamtrevision der Zonenplanung.

Angedacht ist auch, dass wir bei der Raumplanungs-Kommission Antrag stellen zum besseren Schutz besonders schützenswerter Landschaften der Gemeinde, z.B. zum Schutz des Tales Pfäffikon.

10. Senevita

Unter 'gütiger' Ausnahmegewilligungs-Mithilfe des Gemeinderates wird systematisch versucht, Industrie- und Gewerbeflächen für zonenwidrige Wohnbauten umzunutzen.

Auch auf dem Areal der ehemaligen Federfabrik Rüegg, heute Ufenau-Park, möchten der Grundeigentümer und der Pflegeheim-Multi Senevita AG die Nutzungsvorschriften durchbrechen und die für eine so einschneidende Änderung erforderliche Umzonung umgehen. Die Lokomotive für den Deal war diesmal eine geheimgehaltene «Leistungsvereinbarung» zwischen dem Gemeinderat und der Firma Senevita AG (April 2017).

Für die 84 geplanten Wohnungen wären total 7'589m² Nutzungsreserve erforderlich. Das Gestaltungsplan-Areal Ufenau-Park hat aber für Wohnzwecke nur noch 723m² zur Verfügung. Das ergibt ca. 8 Wohnungen. Hier wird mehr als das Zehnfache des rechtlich Erlaubten beantragt. Beim Senevita-Gigaprojekt würden auch die Vorschriften für die Anzahl Parkplätze und die Freiräume aufs Gröbste missachtet. Doch unser Gemeinderat hat schon sein Okay vorhergesagt.

«Gewerbeähnliches Wohnen» – Neudefinition zwecks Goldregen

Wohnen ist grundsätzlich NICHT Gewerbe, aber Senevita behauptet, wenn ein Bewohner z.B. eine Putzfrau, oder gewisse Pflegedienste beanspruchen könne, sei sein Wohnen «gewerbeähnlich»... dann könne man seine Wohnung auch einer massiv grösseren Lärmbelastung aussetzen: 10 Dezibel höhere Lärmgrenzwerte bei «gewerbeähnlichem Wohnen» als sonst für Wohnnutzung erlaubt. Ohropax lässt grüssen!

Privatisierte Alterspflege – ein knallhartes Geschäft

Im Dezember fand eine CVP-Veranstaltung statt, an welcher Werner Müller, einer der CEOs der Senevita referierte: durchschnittlicher Mietpreis pro Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung: Fr. 3'850.- pro Monat, Zielpublikum sei der «Mittelstand».

Der Antrag auf Aufnahme in die Liste der Pflegezentren des Kantons soll die Kasse der Aktionäre überquellen lassen. Die Öffentlichkeit soll subventionieren; Ergänzungsleistungen und Krankenkassenbeiträge würden nach dem Giesskannenprinzip direkt an den privaten Pflegekonzern Senevita einbezahlt. Ein lukratives Geschäft.

Die Privatisierung der Pflegedienste heisst aber für die alten Menschen Leistungsdumping, Ruhigstellen mit Medikamenten und kaum mehr Zeit für echt menschliche Betreuung. Zum Steigern der Aktionärs Gewinne wird die Zitrone mehr und mehr ausgepresst. Spardruck, grosser Personalmangel und Personalwechsel, Überstunden ohne Ende, fristlose Kündigungen etc. sind gängige Mittel zur Gewinnsteigerung der Aktionäre. Die Medien brachten schon seit Jahren kritische Berichte über die skandalösen Verhältnisse in den privaten Pflegeheimen, speziell von Senevita.

Jüngstes Beispiel ist die 24-Stunden-Reportage der Rundschau vom 10.1.2018, mit verheerendem Urteil über die Leistungen.

Auszug aus der Webseite zur Sendung:

«Übernahme durch Pflegekonzern

Die Kritik an Senevita kommt mehrheitlich aus Heimen, die erst in den letzten Jahren eröffnet worden sind. Seit 2014 ist die Senevita-Kette von 13 auf 25 Betriebe gewachsen – und damit der zweitgrösste private Anbieter in der Schweiz. Senevita wurde einst von einem Schweizer gegründet und ist 2014 vom französischen Pflegekonzern Orpea gekauft worden. Das ist weltweit einer der grössten Player im Pflegemarkt.

Orpea hat einen Börsenwert von über 7 Milliarden Schweiz Franken. Im Jahr 2016 betrug das Umsatzvolumen von Orpea 2,8 Milliarden Euro. Der Konzern ist stark auf Wachstum getrimmt und aktuell in zehn Ländern in Europa und China tätig. In der Schweiz wurden gleich mehrere neue Heime eröffnet, seit Orpea Besitzerin von Senevita ist.»

Zitate aus der Sendung «Altersheim am Anschlag»:

! *Zu wenig Personal, vernachlässigte Bewohner: Alters- und Pflegeheime der Senevita-Gruppe stehen in der Kritik.*

! *Eine 24-Stunden-Reportage der «Rundschau» sollte zeigen, was an den Vorwürfen dran ist.*

! *Es kam anders, als sich das die Geschäftsleitung wünschte.*

Es sind happige Vorwürfe, welche die «Rundschau» von ehemaligen und aktuellen Angestellten aus den Senevita-Pflegeheimen erreichen. Eine Pflegefachfrau erzählt: «Wir sollten jemanden duschen, waren aber zwei Leute zu wenig an diesem Morgen, ja dann duschen wir die Leute halt nicht.»

Eine andere Pflegende, die eine leitende Position hatte, berichtet: «Man findet im Frühdienst ganz oft Bewohner, die verstuhlt sind, bei denen die Windelhose ausgelastet und das ganze Bett schmutzig ist.»

In ihrer Stellungnahme zu unserer Einsprache gegen das Baugesuch (vom 29.6.2017) schrieb Senevita entlarvend, sie sei vom französischen Konzern Orpea, einem der «weltweit grössten Player im Pflegemarkt» beherrscht und mit den ausländischen Besitzverhältnissen sei die Frage, ob Gewerbe- oder Wohnnutzung sozusagen hinfällig. Wollen wir tatsächlich solche «Player» in der Gemeinde Freienbach?

Die Rolle von 50%-Anwalt und 50%-Gemeindepräsident Daniel Landolt

Unser Gemeindepräsident als Unterzeichner des Deals mit Senevita steckt tief mit drin. Sein Anwaltsbüropartner Sergio Giacomini vertritt nun die Senevita gegen unsere Einsprache. Den Interessenkonflikt des Gemeindepräsidenten haben wir auch bei der Rechnungsprüfungskommission RPK beanstandet. Doch die RPK spielt im Senevita-Trauerspiel eine beschämende Rolle. Wir stellten ihr einige Fragen zur Rechtswidrigkeit und Geldverschleuderung bei der geheimen

Leistungsvereinbarung mit Senevita. Die RPK- Reaktion: Sie will nichts untersuchen und beantwortet keine Fragen.

Das Ämtli des Rechnungsprüfers ist eben eine Sprosse auf der Leiter in ein Gemeinderatsmandat – da bleibt man lieber schön still, wenn's knirscht im Getriebe.

Unfares Justizgeplänkel

Der kantonale Rechts- und Beschwerdedienst eröffnete auf unsere Einsprache hin gleich 3 eigenartige Beschwerdeverfahren zur beanstandeten «Leistungsvereinbarung» mit Senevita. Auslöser waren Anfragen des Gemeinderates, die dann in Schwyz probeweise und ohne jede Rechtsgrundlage in Beschwerden umgemünzt wurden, die man uns in die Schuhe schob.

Wir haben dies strikt zurückgewiesen. Seither ist Funkstille.

Glücklicherweise macht ein Nachbar des Senevita-Areals mit, und wir haben dadurch eine doppelte Beschwerde-Legitimation.

Auf unserer Webseite sind unsere Beanstandungen aufgeschaltet (vgl. www.buergerforum-freienbach.ch).

11. Deponie-Planung

Schon seit Jahren planen emsige Geschäftsleute eine riesige Deponie auf der Talweid und im Tal hinter dem Waldrücken des Löliwaldes (von der Luegeten bis nach Altendorf). Zwar wird offiziell vorgegeben, in diese noch unversehrte Landschaft im Gewässerschutzbereich A_u würde nur «*unverschmutztes Aushub-Material*» eingebracht. Aber das Kontrollsystem ist nicht glaubwürdig. Das AfU schaut – nicht nur in Ausserschwyz – systematisch weg, wenn es um viel Geld geht. So wäre es ein Leichtes, auch gefährliche, schwer belastete Stoffe in die Deponien hineinzuschmuggeln – allzu lukrativ ist das Entsorgen von Sondermüll auf Deponien mit geringen Einlagerungskosten, statt in teuren Sondermüll-Deponien.

Der zuständige Abteilungsleiter des Amts für Umweltschutz, Ivo Lehmann, sagte uns bei einer Aussprache unverfroren, er verstehe sich in erster Linie als «*Beauftragter für die Bereitstellung von Deponieflächen im Kanton Schwyz*» – und nicht etwa primär als Garant für den Schutz der Umwelt, des Grundwassers und einer intakten Landschaft.

Courage

Eine mutige Familie im Tal wehrt sich nach Kräften gegen die Überschüttung dieses einmalig schönen Gebietes mit Deponiestoffen. Sie muss dabei harte Attacken ihrer deponiebegeisterten Nachbarn parieren, hat aber recht gute Chancen, dass dieses unsägliche Vorhaben nicht realisiert werden kann. Wir vom Vorstand des Bürgerforums unterstützen sie dabei mit Rat und Tat. Wir sind bereit, diese Machenschaften mit einer Info-Kampagne aufzudecken und die Bevölkerung dank den vielen gesammelten Unterlagen rechtzeitig zu orientieren.

Glücklicherweise gibt es einige raumplanerische Hürden, die den Deponie-Vorhaben entgegenstehen. Eine Abstimmung zur Umzonung in eine Deponiezone ist unumgänglich, und die mutigen Kämpfer vor Ort haben auch die Möglichkeit, gegen das Baugesuch juristisch vorzugehen.

12. Medien-Zensur / eigene Publikationen

Die Zensur in unseren Medien war immer wieder Thema in den Jahresberichten des Bürgerforums. Auch im 11. Vereinsjahr erfuhr die Meinungsäusserungs-Freiheit einen weiteren Rückschlag. Wir hatten in den vergangenen Jahren eine mutige Berichterstattung durch die «*Obersee-Nachrichten*» erlebt, und dieses Blatt garantierte die weitgehend korrekte Wiedergabe unserer Medienmitteilungen, z.B. zu Senevita, Waldisberg oder auch zum Steinfabrik-Areal. Dies im krassen Gegensatz zum «*Höfner Volksblatt*», das unsere Medienmitteilungen regelmässig massiv zensurierte.

2017 wurde ein juristisches Kesseltreiben gegen Chefredaktor und Verleger Bruno Hug und Redaktor Mario Aldrovandi zu den von den Obersee Nachrichten aufgedeckten KESB-Fällen im Kanton St.Gallen inszeniert und im Dezember fand eine äusserst fragwürdige erstinstanzliche Verurteilung durch ein St.Galler Regionalgericht (Werdenberg) statt.

Dies führte zum Rauswurf von Bruno Hug aus dem Verwaltungsrat und zur fristlosen Kündigung gegen die beiden Journalisten. Offensichtlich sinkt die «Obersee Nachrichten» (ON) damit in die mediale Bedeutungslosigkeit ab und wird eine weitere Untertanen-Journaille. Schade drum.

Wir werden somit vermehrt wieder Flyer-Aktionen durchführen und zu wichtigen Sachthemen unsere eigenen BF-Infos verteilen.

Mit Bruno Hug und Mario Aldrovandi bin ich im Gespräch. Möglicherweise ergibt sich 2018 eine neue Publikations-Plattform über unsere Gemeindegrenzen hinaus. Wir bemühen uns sehr, dass die vierte Macht im Staat – die unabhängige Information – nicht verlorengeht. Ein wichtiges Grundanliegen des Bürgerforums!

13. Unsere Schätze

Am 15. November 2017 liess Säckelmeister Alain Homberger zu unseren Gemeindefinanzen verlauten: *«Generiert ein Gemeinwesen einen Schuldenberg, muss es ihn abbauen. Ebenso wenig zielführend ist es, wenn ein Gemeinwesen zu viel Bares in der Kasse hat. In eben dieser Situation befindet sich die Gemeinde Freienbach zur Zeit. Jetzt muss sie ihre Hausaufgaben machen, und das Netto-Vermögen abbauen (...).*

Der Abbau des Nettovermögens ist auch aus gesellschaftspolitischer Perspektive einige Überlegungen wert. Ist es vertretbar, dass eine Gemeinde mit ihrem Nettovermögen, das den heutigen Generationen zu verdanken ist, Investitionen tätigt, von denen hauptsächlich die nachfolgenden Generationen profitieren? Sollte die Finanzierung von Investitionen nicht viel mehr von der jeweils nutzniessenden Generation getragen werden? Eine Grundsatzdiskussion, auf die es keine abschliessende Antwort gibt».

Eine solche Behauptung ist nicht nur kurzsichtig und arrogant, sondern auch zu tiefst unwahr. Unser Gemeinde-Nettovermögen soll allein das «*Verdienst der heutigen Generationen*» sein?

Wenn wir unsere Gemeinde vershandeln, ohne Rücksicht auf die Lebensqualität der kommenden Generationen, indem wir den Bodenschatz «Land» schamlos verhökern und zubetonieren – und den Ertrag via «*Vermögensabbau- Massnahmen*» auch noch im Sinne des obigen Zitats verprassen, ist das kein Verdienst unserer Generation, sondern schlimmstes Versagen und eine absolute Rücksichtslosigkeit.

Die gute Atmosphäre und das Heimatgefühl der Bevölkerung unserer Gemeinde ist höchst gefährdet. Unsere Nachkommen werden uns dafür verantwortlich machen, wenn wir ihnen immer chaotischere Lebensumstände überlassen.

Vor elf Jahren hat es sich unser Verein zur Pflicht gemacht, hier Gegensteuer zu geben. Unser bestes Kapital und unser grösster Schatz ist ein funktionierendes Gemeinwesen und ein intakter öffentlicher Lebensraum. Wir sind auch im zweiten Jahrzehnt unseres Bestehens mit Volldampf im Einsatz für die Würdigung und Verteidigung dieses Schatzes.

Liebe Mitglieder, ich danke Euch allen herzlich für Eure Mithilfe und vor allem meinem wunderbaren Vorstand für die mutige und unermüdliche Arbeit zugunsten einer besseren Gemeinde-Entwicklung.

Pfäffikon, 14. Februar 2017

Irene Herzog-Feusi, Präsidentin